

# BERLINER RUNDSCHAU

”

Wir wollen die rot-rot-grünen Baufesseln lösen. Für bezahlbare Wohnungen muss Berlin mehr, schneller und günstiger bauen.“

CDU Vorsitzender Kai Wegner

CDU-Chef Kai Wegner sprengt symbolisch Ketten vor der Berliner Bauverwaltung, als Sinnbild für ein Mehr an Wohnungsbau in Berlin.

Mitten in der Stadt –  
Nah an den Menschen

Schöne Aussichten  
auf gute Bildung

Mit Blaulicht quer  
durch Berlin

## SO WIRD BERICHTET

Der **rbb** berichtet ausführlich über die Kritik von **Fraktionschef Burkard Dregger** an Innensenator Geisel. Dregger hat Geisel und dessen Arbeit rund um die aus dem Ruder gelaufenen Demonstrationen gegen die Pandemie-Maßnahmen hart kritisiert. Dregger verwies auf die missglückten Äußerungen Geisels. Dieser habe den Corona-Leugnern die Argumente geliefert: „Geisel trägt für die weitere Radikalisierung die Verantwortung.“

In der Live-Sendung „Wir müssen reden“ vom **rbb**, stellte **CDU-Landeschef Kai Wegner** fest: „Die Bilder von Reichsfahrnen vor den Treppen des Reichstages haben der Reputation Berlins geschadet.“

Unter der Überschrift „Guerilla-Aktion: Die CDU entfesselt die Bagger für's Bauen“ berichtet die **Berliner Morgenpost** ausführlich über die neue Guerilla-Aktion der Berliner CDU in Sachen Mobilität. Mit der symbolischen Sprengung der Ketten, die einen Bagger fesseln, demonstrierten **CDU-Chef Kai Wegner** und Generalsekretär Stefan Evers vor der Senatsbehörde für Bauen für eine Umkehr in der Berliner Baupolitik. „Bauen in Berlin muss endlich von den Ketten des Senats befreit werden“, so Landeschef Wegner.

Die **Morgenpost** berichtet über die Pläne der CDU zur Mobilität und titelt: „CDU wirbt für flächendeckenden U-Bahn-Ausbau.“

Und die **Berliner Woche** schreibt zum selben Thema „CDU weht symbolisch neuen U-Bahnhof ein“.

Die **BZ** widmet sich ausführlich den vielen ungeklärten Fragen rund um die umstrittene Doktorarbeit von Bundesministerin **Giffey** und zitiert **CDU-Generalsekretär Stefan Evers**: „Eine rechtswidrige Sonderbehandlung zugunsten von Frau Giffey.“

## IN DIESER AUSGABE...

### MITTEN IN DER STADT

Seit Mai zeigt die CDU Berlin in den digitalen Medien was und wie man es in Berlin besser machen kann. Im Sommer kamen die Aktionen auch auf die Straße. Lesen Sie dazu die **Seiten 4 und 5 sowie 8**.



### SCHÖNE AUSSICHTEN

... auf gute Bildung. Die Fraktion der CDU im Abgeordnetenhaus zeigt im ihrem Beschluss auf, wie es nach einem Vierteljahrhundert SPD-Bildungssenatoren endlich besser wird in Berlins Schulen (**Seite 6 und 7**).



### MIT BLAULICHT

... und quer durch Berlin war der CDU-Landesvorsitzende Kai Wegner eine komplette 12-Stundenschicht unterwegs. Für ihn wurde einmal mehr deutlich, dass den Männern und Frauen unsere Hochachtung gebührt (**Seite 10 und 11**).



### CORONA-MASSNAHMEN

Über Details der staatlichen Konjunktur- und Krisenbewältigungspakete zur Corona-Krise berichten wir auf den **Seiten 12 und 13**.



### RATSPRÄSIDENTSCHAFT

Die Europaabgeordnete Hildegard Bentele macht deutlich, warum die Erwartungen an eine Ratspräsidentschaft selten so hoch waren wie die an Deutschland in diesem Jahr. Lesen Sie ihre Einschätzung auf der **Seite 16**.



## LIEBE LESERINNEN UND LESER,

mit der Behauptung vom „guten Regieren“ ist die rot-rot-grüne Koalition in die Legislaturperiode gestartet. Doch von einer guten Regierungsführung ist der Senat so weit entfernt wie der Mond von der Erde. Rot-Rot-Grün ist längst ein Synonym für Ideologie, für Klientelpolitik und für handwerklich schlechte Arbeit. Antriebslos, visionlos, trostlos – es ist kein Wunder, dass der Senat die Gesellschaft tief gespalten hat.

Auch den Senat selbst durchlaufen tiefe Gräben – zwischen den Koalitionären und mitten durch die Parteien hindurch. In der Folge rotiert das Personalkarussell und die Senatsessel werden zum Schleudersitz. Der Regierende kann nicht mehr, die Gesundheitssenatorin will nicht mehr, die Bildungssenatorin soll nicht mehr, die Bau-senatorin ist schon nicht mehr. Rot-Rot-Grün zeigt klare Auflösungserscheinungen und ich habe ernste Zweifel an der weiteren Handlungsfähigkeit des Senats. Berlin

**„Wir sollten lernen, einander wieder mehr zu vertrauen“**

kann sich aber zwölf Monate Stillstand bis zur nächsten Wahl nicht leisten. Wir stehen vor großen Herausforderungen, nicht zuletzt wegen Corona. Wir als CDU werden den Senat weiter treiben, um angesichts der Pandemie Wirtschaft und Arbeitsplätze zu sichern. Darauf können die Menschen in unserer Stadt vertrauen.

Apropos Vertrauen: Ich habe in den vergangenen Wochen viele Polizeidirektionen besucht und bei einer Einsatzhundertschaft eine Zwölf-Stunden-Schicht mitgemacht. Auf meine Frage, was die Polizei sich von der Gesellschaft und der Politik wünscht, kam, egal von wem, fast immer eine Antwort: Vertrauen. Eine junge Polizistin sagte mir: „Vertrauen Sie uns, dass wir unsere Arbeit gut machen.“ Das hat mich sehr bewegt. Denn das zeigt, was in den letzten Jahren in Berlin schiefgelaufen ist. Rot-Rot-Grün stößt die Polizisten immer wieder mit pauschalen Unterstellungen vor den Kopf. Angeblich machen die Polizisten ihre Arbeit schlecht, diskriminieren bestimmte Bevölkerungsgruppen oder sind gar rechtsextrem. Dieses Misstrauen, das geht gar nicht. Bei meinen Besuchen konnte ich hautnah erleben: Die Polizisten machen einen super Job, und sie verdienen mit Fug und Recht unser Vertrauen.

Was für die Polizei im Besonderen gilt, gilt auch für Berlin insgesamt. Vertrauen ist der Kitt der Gesellschaft. Vertrauen ermöglicht erst Kooperation und ein gutes Miteinander der Menschen. Wir sollten lernen, einander wieder mehr zu vertrauen. Das ist mein Verständnis von verantwortungsvoller Politik.

Mit den besten Grüßen

  
Kai Wegner  
Landesvorsitzender der CDU Berlin



**Kettensprengen vor der Senatsbauverwaltung. Der Landesvorsitzende der CDU Berlin, Kai Wegner, mit der stellvertretenden Vorsitzenden, Dr. Manja Schreiner, und Generalsekretär Stefan Evers zeigen symbolisch, dass endlich für Berlin die Bautätigkeiten entfesselt werden müssen, um mehr und bezahlbaren Wohnraum zu schaffen.**

## MITTEN IN DER STADT, NAH AN DEN MENSCHEN

Der Zeitpunkt hätte nicht besser gewählt sein können: Just zu der Zeit, als gerade die nicht bauen wollende Bausenatorin Lompscher zurückgetreten war und ihr ebenso nicht bauen wollender Staatssekretär sich anschickte, sie im Amt des Senators zu beerben, machte die CDU mit einer Überraschungsaktion deutlich, warum es in dieser Stadt wirklich geht.

Mit einem Bagger, dessen Schaufeln in Ketten gelegt war, fuhr die CDU Berlin blitzartig vor das Haus der Senatsverwaltung für Bauen in Wilmersdorf, und Landesvorsitzender Kai Wegner und Generalsekretär Stefan Evers durchschnitten in einem symbolischen Akt die Ketten. Die Botschaft war klar: Die CDU bewegt! Mit dem symbolischen Durchtrennen der Ketten machte die CDU Berlin deutlich, dass die Bauwirtschaft endlich von den Ketten des rot-rot-grünen Senats befreit werden muss. Mit einem Schlag wurde dabei die klägliche Bilanz des rot-rot-grünen Senats auf dem Gebiet der Baupolitik deutlich – tausende Wohnungen fehlen, und beim Neubau kommt Rot-Rot-Grün nicht voran. Das Bauhandwerk bricht in der Stadt ein, und für Normalverdiener wird es immer schwerer, eine für sie bezahlbare Wohnung überhaupt noch zu finden. Ein rot-rot-grüner Mietendeckel deckelt

vor allem Investitionen und den Bau dringend benötigter neuer Wohnungen.

Schon zuvor war die CDU Berlin mit einer anderen Aktion, mit einem anderen Thema in der Stadt unterwegs. Mit der symbolischen Eröffnung eines U-Bahnhofs „Olivaer Platz“, der in seiner künftigen Form durch eine Street Art visualisiert wurde, wiesen CDU-Landeschef Kai Wegner und Generalsekretär Stefan Evers darauf hin, dass die U1 von der Uhlandstraße bis zum S-Bahn-Ring verlängert werden muss. Und gleichzeitig wurde mit der Aktion unterstrichen, dass im Mobilitätskonzept der CDU Berlin der Ausbau der U-Bahn insgesamt einen ganz wichtigen Platz einnimmt. Kai Wegner machte auch deutlich, dass es der CDU darum gehe, Berlin in Bewegung zu bringen: Es komme, so Wegner, darauf an, dass sich die verschiedenen Verkehrsmittel sinnvoll ergänzen, denn von einem Auseinanderspielen

der verschiedenen Verkehrsteilnehmer, wie es gerade der Senat machte, hätten die Berlinerinnen und Berliner rein gar nichts. Auch hier ist die Bilanz des rot-rot-grünen Senats schonungslos offengelegt worden: Statt auch in der Mobilität die Stadt zusammenzuführen, spaltet dieser Se-



nat: zwischen Rad- und Autofahrern; zwischen den Menschen, die innerhalb des S-Bahn-Rings leben und die außerhalb. Dort, wo Rot-Rot-Grün spaltet, wird die CDU zusammenführen. Nur ein Gesamtkonzept, indem sich alle Verkehrssysteme ergänzen, kann die Antwort sein.

Die CDU ist gefragt: Am Dienstag nach den zum Teil aus dem Ruder gelaufenen Demonstrationen in Berlin gegen die Pandemie-Maßnahmen und den um die Welt gehenden Bildern von wehenden Reichsfahnen auf den Stufen zum Reichstag, lud der rbb zum Live Talk ein, Titel: „Wir müssen reden“. Landesvorsitzender Kai Wegner war eingeladen, und er redete Klartext. Wegner unterstrich eindringlich die Bedeutung des Demonstrationsrechts, jeder habe das Recht auf friedliche Weise seine Meinung auszudrücken – „auch wenn ich das genaue Gegenteil denke“, so Wegner: Doch Reichsfahnen und die Leute mit der dazugehörigen Gesinnung möchte er „auf keiner Demonstration sehen, und auf den Stufen des Reichstages schon gar nicht. Beifall des Publikums.“

## AM ANFANG WAR DAS WORT.

Sagt nicht nur die Bibel, sondern auch das Social-Media-Team der CDU Berlin. Seit Mai werden die inhaltlichen Vorstöße der Partei durch optisch und sprachlich auffällige Kacheln auf Facebook, Twitter und Instagram verbreitet. Immer wieder finden diese Themen dann auch durch unerwar-



dem Mobilitätspapier „in 30 Minuten in die Innenstadt“ oder „Freie Fahrt für alle“ durch aktuelle Grafiken, wie die zur Unterstützung unserer Sicherheitskräfte gegen ein die Beamtinnen und Beamten diskriminierendes Antidiskriminierungsgesetz („Polizeikontrolle“) oder auch das Statement gegen Krawalle

**WIR MACHEN UNS STARK FÜR NEUBAU.**



tete Straßenaktionen, wie ein von Ketten befreiter Bagger, die Anmutung eines unterirdischen, neuen U-Bahnhofs (siehe Artikel links) oder stadt-



in unserer Stadt („Radikal gegen Radikalismus“).

**FREIE FAHRT FÜR ALLE.**



weite Plakatierung auf Stromkästen zur Einschulung, den Weg aus der digitalen in die reale Welt. Ergänzt werden die Themenkacheln, wie etwa der Punkt aus





**Forsa-Umfrage offenbart: 86 Prozent aller Berliner sind für den Aufbau einer Vertretungsreserve an jeder Schule, um einer Unterrichtsvertretung durch fachfremde Lehrkräfte vorzubeugen.**

## SCHÖNE AUSSICHTEN – AUF GUTE BILDUNG

Der Ausblick ist grandios - optisch wie politisch. Im siebten Stock des Radisson Blu Hotels schweifte der Blick vom Kreuz auf der Schlosskuppel über das Rote Rathaus zum Fernsehturm. Inhaltlich blickten die CDU-Vertreter auf die Berliner Bildung im Jahr 2030.



**CDU-Chef Wegner richtet den Blick der Abgeordneten auf das Wahljahr 2021**

Das Szenario der Unionspolitiker im Berliner Abgeordnetenhaus ist anspruchsvoll und selbstbewusst. Nach der nächsten Berlin-Wahl im Herbst 2021 wird sich einiges ändern an den Berliner Schulen, wenn es nach der CDU-Fraktion geht.

Der CDU-Fraktionsvorsitzende Burkard Dregger hob hervor, dass sich "Berlin im bildungspolitischen Blindflug" befindet. Unterrichtsausfall, Lehrerberwanderung, schleppender Schulausbau sind Dauerprobleme, aktuell ergänzt durch das schlechte Management in der Corona-Krise. "Wir wollen die Reset-Taste drücken", sagte Dregger.

Nach dem von Dirk Stettner, stellvertretender Fraktionsvorsitzender und bildungspolitischer Sprecher, ausgearbeitetem Papier, soll neben der Digitalisierung vor allem der Elternwille wieder in den Vordergrund gestellt werden. Dafür will die CDU unter ihrer Verantwortung eine Berliner Bildungsgarantie, die aus drei Stufen besteht. Erstens: Am Ende der Grundschule können alle Schülerinnen und Schüler lesen, schreiben und rechnen. Zweitens: Alle Schülerinnen und Schüler verlassen die Schule mindestens mit der Berufsbildungsreife oder dem berufsorientierenden Abschluss. Und schließlich drittens: Das Berliner Abitur hat einen Standard, der allen Absolventinnen und Absolventen Studierfähigkeit in ganz Deutschland bescheinigt.

## VÖLLIG VERFAHREN: DIE ROT-ROT-GRÜNE VERKEHRSWENDE



Begleitet wird das 31 Seiten starke Papier von einer umfassenden Umfrage unter 1010 Berliner von Anfang August. 82 Prozent der befragten Eltern und 65 Prozent von allen bewerten die Arbeit des Senats beim Thema Schule und Bildung in der Corona-Krise als weniger gut (46 %) oder schlecht (19 %).

**„Wir wollen die Reset-Taste bei der Bildung drücken“**

Auch unter den Anhängern der Regierungsparteien SPD, Linkspartei und Grünen attestiert jeweils nur eine Minderheit dem Berliner Senat während der Corona-Krise beim Thema Bildung und Schule eine gute Arbeit. 85 Prozent der Berliner halten die technische Ausstattung an Berlins Schulen für schlecht oder weniger gut. Lediglich 3 Prozent halten sie für gut, niemand für sehr gut (0 %).

Zur Debatte vor Ort war auch der Landesschülersprecher Berlin, Richard Gamp. Engagiert warb er für eine Stärkung der persönlichen Kompetenzvermittlung anstelle zu detailverliebter Inhalte. Ebenfalls mit den Abgeordneten diskutierte Norman Heise, als Vorsitzender des Landeselternausschusses Schule in Berlin. Auch sie sparten nicht mit Kritik am amtierenden Senat und standen damit im Einklang mit 75 Prozent der befragten Berliner

# 85%

**FINDEN DIE TECHNISCHE AUSSTATTUNG AN BERLINS SCHULEN UNZUREICHEND**

Eltern und einer Mehrheit von 58 Prozent der Berliner. Diese finden laut Forsa nämlich nicht, dass die Interessen der Eltern und Schüler bei der Schulpolitik des Senats im Vordergrund stehen.

Mitte September hat es mächtig geraucht in der rot-rot-grünen Koalition. Darüber wird unter anderem gestritten: City-Maut und Fahrverbote oder doch ein 365-Euro-Ticket und weiteren U-Bahnausbau, wie von der CDU gefordert.

Aber auch die eigentlich im Senat unstrittige Förderung des Radverkehrs kommt nicht voran. Oder wird vor Gericht gestoppt. Die Verkehrswende war einer der Kernforderungen der Grünen. Gerade der Radverkehr nahm dabei eine Schlüsselstellung ein. Die Rede war von zwei Metern breiten Fahrradstreifen entlang des Hauptstraßennetzes, einem Netz aus reinen Fahrradstraßen und dem Umbau der für Radfahrer gefährlichsten Kreuzungen. Indes: Getan hat sich seitdem so gut wie nichts. Gerade 99 Kilometer Radwege sind entstanden, und selbst diese klägliche Bilanz ist mit einem Taschenspielertrick aufgehübscht worden, da auch die 21 Kilometer sogenannten Pop-up-Radwege enthalten sind. Genauso blieb es bei der Ankündigung, alle 1120 Kilometer Radwege neu einzufärben. Geschafft wurden im vergangenen Jahr ganz 21 Kilometer, und in diesem Jahr sind es bisher gerade mal acht!

Es geht auch anders. Vor Kurzem beschloss die CDU Berlin ein umfangreiches Mobilitätskonzept. Es erstreckt sich über einen umfassenden Ausbau der U-Bahnen, des S-Bahnnetzes und der Buslinien. Und für Radfahrer in Berlin fordert die CDU sanierte Radwege, kreuzungsarme Fahrradschnellwege, grüne Wellen in geeigneten Seitenstraßen. Konkrete Vorschläge statt vollmundiger Ankündigungen.

## KANN JA SCHLIESSLICH NICHT JEDER ...

Manchmal gibt es Missverständnisse, die einem unverständlich erscheinen. Oder darf es Politik nicht mit Augenzwinkern und Selbstironie geben? Die CDU Berlin hatte ihre neue Kampagne mit Wiedererkennungswert aus der digitalen in die reale Welt geholt (siehe auch S. 4 und 5). Zum Beginn des neuen Schuljahrs zeigten hunderte A1-Plakate auf sogenannten Kultur-Werbe-Flächen die Raute, die unverkennbar mit der Bundeskanzlerin verbunden ist, von der natürlich jeder, und insbesondere die Mitglieder der eigenen Partei, weiß, dass sie promovierte Naturwissenschaftlerin ist. Das Motiv, das zum ersten Mal am 18. Mai vorgestellt wurde, erfreute sich großer Beliebtheit, außer bei denjenigen, die ernsthaft glaubten, man würde die akademischen Erfolge der Regierungschefin diskreditieren. Gefühlt näher, aber ebenso daneben, lagen diejenigen, die einen Fingerzeig auf die beruflichen Erfolge des Juso-Bundesvorsitzenden sehen wollten, dessen jüngste politische Ambition wirklich nicht Pate für diese Idee der Agentur standen oder stehen konnten. In aberdutzenden von Motiven hat die CDU Berlin inzwischen mit Sprach- und Bildwitz dargestellt, was und wie es in Berlin zu ändern ist. Dass sich gerade die Befürworter des aktuellen Senats nicht daran erfreuen, verwundert kaum. Kann ja schließlich nicht jeder gute Ideen haben.



## EIN SENAT LÖST SICH AUF

Die wenigen noch verbliebenen Anhänger des rot-rot-grünen Senats müssen in diesen Tagen ganz besonders stark sein, denn immer häufiger sind den Medien Meldungen zu entnehmen, die alle in eine Richtung weisen: Der Senat löst sich auf.

Es begann mit dem Regierenden Bürgermeister. Michael Müller hätte ja gern noch ein wenig im Roten Rathaus weitergemacht, wenn ihn nur jemand gebeten hätte. Tat nur keiner. Ciao!

Kurz darauf folgt Gesundheitssenatorin Kalayci. Ein Jahr vor der Abgeordnetenhauswahl fiel ihr ein: Es gibt auch ein Leben nach der Politik – und tschüss!

Nicht ganz so freiwillig war es mit

Bausenatorin Lompscher. Erst fiel es anderen auf – und dann ihr ein: Tantiemen waren nicht richtig angegeben, Steuern nicht korrekt bezahlt. Adieu!

Halb zog es sie, halb fiel sie hin: Nach wenig geglücktem Management der Schulen während der Pandemiekrise fanden nicht wenige: Genug ist genug. Am Ende sah es Schulsenatorin Scheeres auch so und verkündete, nicht wieder antreten zu wollen. Au revoir!

Nun stellt sich die Frage: Wer wird der nächste sein? Werten können angenommen werden.



## NICHT MIT UNS, CORONA!

Auch in der Pandemie und unter Hygieneregeln sind die Berliner Christdemokraten aktiv. Die inhaltliche Arbeit ist ohnehin kaum betroffen. Im Gegenteil: Viele Arbeitsgremien entdecken jetzt erst die Effektivität und technischen Möglichkeiten von Video-Konferenzen: schneller auf den Punkt, ohne lange Anreise und mit der Möglichkeit, einfacher externe Fachleute hinzu zu bitten. Aber trotzdem, es fehlt doch an den menschlichen Begegnungen; innerhalb der eigenen Reihen genauso wie beim Bürgergespräch. Die Unerschrockenen unter den Volksvertretern, wie etwa der Bundestagsabgeordnete Klaus-Dieter Gröhler, sind schon wieder mit Plexiglas-Visier und vielen Abstandsschildern am Würstchengrillen. Beim Verzehr des Gegrillten lässt sich dann mit genügend Abstand gut debattieren. Auch im Südwesten bei der Abgeordneten Cornelia Seibeld klappt es digital wie persönlich; Bürgergespräche und Vorstandssitzungen finden ohne Unterbrechung statt. Nahezu ausschließlich digital hingegen war in diesem Jahr der CSD, an dem sich auch die Berliner LSU mit einem aufwendig produzierten und sehenswerten Video beteiligte.



## AN KLARHEIT NICHT ZU ÜBERBIETEN.

Ein Lob an dieser Stelle für die Unabhängigkeit unserer Gerichte, besonders für das Berliner Verwaltungsgericht. In geradezu formvollendeter Weise hat das Gericht in seiner Urteilsbegründung klargemacht, dass es die Schludrigkeit des Senats nicht durchgehen lässt, als es die per Anordnung verfügte Errichtung von Pop-up-Radwegen für nicht rechtens erklärte: Tenor der Begründung: Nirgendwo hat der Senat schlüssig darlegen können, dass unmittelbar Gefahr im Verzuge war, aber nur das hätte sein Handeln rechtfertigen können.



## IRRLICHT IN DER JUSTIZ

Der grüne Justizsenator pflegt ein besonderes Verständnis von seinem Amt: Unnötigem, gar Schädlichem widmet er sich, dafür bleibt das Notwendige liegen.

Erst drückte er das Landesantidiskriminierungs-Gesetz durch. Ein Gesetz, das eine ganze Verwaltung unter Generalverdacht stellt und die Polizei vor den Kopf stößt. Kurz danach verfügte Behrendt, dass muslimische Rechtsreferendarinnen künftig im Gerichtssaal die Anklage mit Kopftuch verlesen dürfen, was das Neutralitätsgesetz aushebelt. Dafür bleibt die längst überfällige Digitalisierung der Justizverwaltung liegen.



## MIT BLAULICHT QUER DURCH BERLIN

*Der Dialog ist CDU-Chef Kai Wegner wichtig. Wer über die Polizei reden möchte, sollte vorher mal mit ihr gesprochen haben, ist sein Motto. Im Juli schaute er daher eine Woche lang in mehreren Polizeiabschnitten vorbei, um sich auszutauschen.*

Viel wird derzeit über die Polizei diskutiert. Grund genug für den CDU-Landesvorsitzenden Kai Wegner, sich wieder einmal persönlich vor Ort einen Eindruck von der Arbeit der Hauptstadtpolizei zu machen. Darum besuchte er Ende Juli einige Polizeiabschnitte und absolvierte mit der 31. Einsatzhundertschaft eine 12-Stunden-Schicht.

Es herrscht bereits ein reges Treiben auf dem Gelände der Polizei Berlin, als der CDU-Landesvorsitzende Kai Wegner morgens um kurz vor sechs Uhr an der Moabiter Kruppstraße eintrifft. Gespannt ist er, was der Tag bringen wird. Heute wird er einen Tag lang mit der 31. Einsatzhundertschaft unterwegs sein. Mehr hatte man ihm noch nicht verraten.

Der 47-jährige Bundestagsabgeordnete besucht in dieser Woche quer durch die Stadt Polizeiabschnitte, kommt mit Beamtinnen und Beamten ins Gespräch. Auf dem Plan steht für heute nun auch eine 12-Stunden-Schicht mit der Einsatzhundertschaft.

Während sich die Polizeibeamtinnen und -beam-

ten auf ihre Schicht vorbereiten, beginnt der Tag für Kai Wegner mit einer Einführung in die Aufgaben und die Struktur der Einsatzhundertschaften. Bei einem schwarzen Kaffee erfährt er, dass er den 3. Zug der 31. Einsatzhundertschaft begleiten wird. Danach werden ihm die Ausrüstung und Einsatzmittel der Hundertschaften vorgeführt. Er probiert die schweren Schutzwesten an, lernt die neuen ballistischen Helme kennen. Ausführlich werden ihm alle Einsatzmittel erklärt.

Als Bundestagsabgeordneter ist Kai Wegner häufig bei der Berliner Polizei und der Bundespolizei unterwegs, trifft sich mit Polizeigewerkschaftern,

doch eine 12-Stunden-Schicht hat er bis zu diesem Tag noch nie mitgemacht. Voller Respekt hat er sich daher auf diesen Tag gefreut.

Nach der allgemeinen Einführung heißt es aufsitzen. Mit dem Mannschaftswagen geht es in das Gebiet der neuen Polizeidirektion 5. Schnell kommt man ins Gespräch. Schon beim ersten Einsatz wird der Teamgedanke bei der Polizei deutlich erkennbar. Jeder Beamte hat eine eigene Aufgabe, man unterstützt sich, die Eigensicherung steht im Vordergrund. „Die Gesundheit hat Priorität. Wenn alle am Ende des Tages gesund nach Hause kommen, war es ein guter Tag“, sagt einer.

Kai Wegner erlebt über den Tag mehrfach, wie über Funk Einsatzbefehle reinkommen und die Einsatzhundertschaft mit Blaulicht und Martinshorn quer durch Friedrichshain-Kreuzberg fährt. Für die Polizisten professioneller Alltag, für den Politiker jedes Mal aufregend. Während der Fahrt zum Einsatz wird nur das Nötigste gesprochen. Hochkonzentriert bereitet sich jeder einzelne auf das vor, was da gleich am Einsatzort passieren

*„Die Frauen und Männer der Hauptstadtpolizei sind da für uns, wenn wir sie brauchen.“*

könnte. Viel wissen die Beamten meist nicht darüber, was sie vor Ort erwartet.

Kai Wegner beobachtet, fragt sichtlich beeindruckt nach. Darum geht es ihm in dieser Hospitationswoche: Eindrücke sammeln, hören, was die Polizeibeamtinnen und -beamten in Berlin bewegt. „Ich habe während meiner Woche bei der Berliner Polizei in allen Dienststellen, die ich besuchen durfte, hochmotivierte Frauen und Männer erlebt, die ihren Beruf als Berufung verstehen und ihn mit Leidenschaft und Einsatzfreude leben“, resümierte Kai Wegner. „Ich danke allen, die mir diese wichtigen Einblicke in den Polizeialltag ermöglicht haben. Die Berliner Polizei verdient unser aller Vertrauen. Die Frauen und Männer der Hauptstadtpolizei sind für uns da, wenn wir sie brauchen. Ich habe nach dieser Woche noch mehr Respekt und Hochachtung für ihre Arbeit für unser Berlin.“

#RECHTSEXTREMISMUS #HASS #RASSISMUS #BEDROHEN #RUFMO #ANONYM #HÜCHER #HETZE #BELEIDIGEN #MUNDTOT #ÜBERGRIFF #HASS UND HETZE GEHEN UNS NICHT MEHR DURCH'S NETZ



**H**ass und Hetze, Beleidigung und Drohungen mit Gewalt gehören heute leider zum Alltag in den sozialen Netzwerken. Dass daraus nicht selten auch Taten folgen, zeigen die schrecklichen

**Ereignisse von Halle, Hanau oder die Ermordung des Kasseler Regierungspräsidenten Walter Lübcke (CDU). Mit dem im Juni im Bundestag verabschiedeten Gesetz zur Bekämpfung der Hasskriminalität wird dem nun entschlossen der Kampf angesagt. Wer im Netz hetzt, droht oder beleidigt, wird künftig härter bestraft und kann effektiver verfolgt werden.**

Die Verrohung im Netz wird zunehmend auch zu einer Bedrohung für die freiheitliche demokratische Grundordnung. Viele Menschen trauen sich nicht mehr, ihre Meinung frei und offen zu äußern. „Der Staat darf nicht zusehen, wenn versucht wird, Menschen mundtot zu machen und einen offenen Diskurs zu ersticken. Deswegen steuern wir mit dem Gesetz gegen Hasskriminalität nun energisch entgegen“, erläutert Jan-Marco Luczak, rechtspolitischer Sprecher der CDU/CSU-Fraktion. Das Gesetz schließt zudem nicht hinnehmbare Strafbarkeitslücken, wer beispielsweise mit sexuellen Übergriffen droht, kann nach dem neuen Gesetz künftig bestraft werden.

Dabei nimmt das neue Gesetz auch Facebook, Twitter und Co. in die Verantwortung. Die Anbieter sozialer Netzwerke müssen strafbare Inhalte und die Daten des Täters zukünftig an das Bundeskriminalamt melden, damit die Identität des Täters festgestellt und eine Strafverfolgung eingeleitet werden kann.

„Das Gesetz ist eine klare Kampfansage an alle, die sich in der Anonymität des Internets sicher fühlen und glauben, sie müssten sich hier nicht an Recht und Gesetz halten. Unser Rechtsstaat gilt, sowohl real als auch digital“, so Luczak weiter.

Darüber hinaus erhöht das neue Gesetz auch den Schutz von Menschen, die sich auf der kommunalen Ebene für ihre Stadt oder ihre Region politisch engagieren. Zukünftig genießen sie den gleichen Schutz wie Landes- oder Bundespolitiker. Auch medizinisches Notfallpersonal wird künftig unter besonderen Schutz gestellt. „Wir haben eine besondere Verpflichtung den Menschen gegenüber, die sich für andere einsetzen. Wer diese Menschen angreift, den muss die ganze Härte unseres Rechtsstaats treffen“, so Luczak.



## NICHT SPIELEN, SONDERN GESTALTEN.

Es hat sich ausgepoppt auf Berlins Straßen: Das Verwaltungsgericht hat die eilig gepinselten Pop-Up-Radwege der grünen Verkehrssenatorin die rote Karte gezeigt. Gut gemeint, schlampig gemacht – so das knallharte Urteil der Richter. Um es klar zu sagen: Ich bin für mehr Sicherheit im Berliner Straßenverkehr, erst recht für Radfahrer. Aber ich bevorzuge durchdachte Lösungen im Rahmen der Gesetze. Die aktionistische Effekthascherei der Grünen hat damit wenig zu tun. Prima Klima macht man so nicht, genauso wenig wie mit unsozialen Parkgebühren, Fahrverboten und teurer Innenstadt-Maut. Eine Verkehrspolitik, gegen die normale Menschen Sturm laufen, führt in die Sackgasse.

Prima Klima macht man so auch nicht in der Regierungskoalition, die sich einst für gutes Regieren selbst

lobte – und Selbstlob dünstet bekanntermaßen eher klimaschädlich aus. Der Familienstreit wird schon länger öffentlich ausgetragen. Regelmäßig fordert der zukünftige Co-SPD-Vorsitzende von Franziska Giffey, Raed Saleh, die Koalitionspartner medienwirksam auf, dies und das endlich umzusetzen, als wäre die SPD die Opposition in der eigenen Regierung. Aktuell moniert die grüne Verkehrssenatorin Günther im Morgenpost-Interview, dass sie den Umgang im Senat „bedauert“ und weist den Vorwurf, die Stadt lahmlegen zu wollen, weit von sich. Es wäre vielleicht passend auszurufen „R2G tut nichts, die wollen nur spielen“, doch für unser Berlin und seine Menschen ist es zu wenig, wenn Rot-Rot-Grün mal nichts verbockt. Die Menschen in Berlin brauchen dringend eine andere, eine bessere Regierung, die nicht spielen, sondern gestalten will.

## EINE „KULTURMILLIARDE“ ZUR BEKÄMPFUNG DER CORONA-FOLGEN

Mit dem Rettungs- und Zukunftspaket NEUSTART KULTUR in Höhe von rund einer Milliarde Euro reagiert die Bundesregierung auf die unmittelbaren Auswirkungen der Coronakrise auf die Kultur und die Künste, die von der Coronakrise ins Mark getroffen wurden. Denn wie kein anderer Teilbereich unserer Gesellschaft leben kulturelle und künstlerische Angebote von der direkten Begegnung der Kreativen mit ihrem Publikum.

Konkret werden im Rahmen des Programms NEUSTART KULTUR zum Beispiel Musikclubs und Livemusik-Orte bei der Neuorientierung sowie Präsentation ihrer Livemusik unterstützt. Mit weiteren Millionen fördert der Bund die Wiederaufnahme des Spielbetriebes durch Livemusik-Veranstalter und Musikfestivals aller Genres.

Die Kinos in unserem Land werden mit zwei großen Programmen im Gesamtumfang von mehr als 60 Millionen Euro unterstützt. Zur Ermöglichung z.B. neuer Filmproduktionen stellt der Bund im Rahmen von NEUSTART KULTUR 50 Millionen Euro für einen sogenannten Ausfallfonds bereit.

Auch die Bildende Kunst profitiert von Unterstützungsmaßnahmen des Bundes. So stehen allein 10 Millionen Euro für ein Stipendienprogramm für bilden-



de Künstlerinnen und Künstler zur Verfügung. Auch für die Kultur- und Vermittlungsarbeit der Galerien sind großflächig Hilfen vorgesehen.

All diese Beispiele, die nur eine kleine Auswahl der Unterstützungsmaßnahmen darstellen, zeigen, dass der Bund Künstler, Kreative und kulturelle Einrichtungen nicht im Stich lässt. Das Corona-Virus ist wie ein Angriff auf ein Lebensmodell der Kreativ-Welt. Kultur fehlt uns jetzt, denn sie ist kein Luxus, den wir uns nur in guten Zeiten gönnen. Sie gehört zum gesellschaftlichen Miteinander; deshalb tun wir alles, um die Kultur in unserer Mitte wiederzubeleben.

## CORONA-KRISE BEWÄLTIGEN – SCHUTZSCHILD FÜR DEUTSCHLAND

von Klaus-Dieter Gröhler MdB



### DIE WICHTIGSTEN MASSNAHMEN IM ÜBERBLICK:

- 18 Mrd. € für die Unterstützung von Kleinunternehmen und von Soloselbständigen als Soforthilfe
- 20 Mrd. € für die Stärkung des Gesundheitswesens zwecks Eindämmung der Pandemie
- 7,7 Mrd. € für das Arbeitslosengeld II (Regelsatz, Kosten der Unterkunft und Erwerbsminderung) zur Abfederung der coronabedingten Auswirkungen auf den Arbeitsmarkt
- 25 Mrd. € für Überbrückungshilfen zur Existenzsicherung kleiner und mittelständischer Unternehmen, Profisportvereinen, Einrichtungen der Behindertenhilfe, Inklusionsunternehmen und gemeinnützigen Trägern der Kinder- und Jugendhilfe
- 32,7 Mrd. € u.a. für den Energie- und Klimafonds zur Finanzierung von Zukunftsinvestitionen und Investitionen in Klimaschutztechnologien
- 500 Mio. € für den Kapazitätsausbau in Kindergärten und Krippen
- 750 Mio. € für den Ausbau der Ganztagschulen und Ganztagsbetreuung
- Verlängerung des Kurzarbeitergeldes auf 21 Monate
- Senkung der Mehrwertsteuer bis Ende 2020 von 19% auf 16% bzw. von 7% auf 5%
- 300 € Kinderbonus für jedes kindergeldberechtigende Kind im Jahr 2020
- Erhöhung des Entlastungsbetrages für Alleinerziehende um 2.001 auf 4.008 €
- 240 € zusätzlicher Kinderfreibetrag



Die Corona-Krise stellt Deutschland und die Menschen vor beispiellose Herausforderungen - dennoch soll unser Land gestärkt aus der Krise hervorgehen. Mit einem Bündel von Maßnahmen und zwei sog. Nachtragshaushalten

sorgt die unionsgeführte Bundesregierung dafür, die Gesundheit der Bürgerinnen und Bürger zu schützen, Arbeitsplätze und Unternehmen zu stützen und so den sozialen Zusammenhalt zu bewahren. Während es im ersten Nachtragshaushalt noch darum ging, zügig Mittel für Soforthilfemaßnahmen bereitzustellen, wurde im Rahmen des zweiten Nachtrags ein zusätzliches Konjunktur- und Krisenbewältigungspaket geschnürt, um den wirtschaftlichen Folgen der Pandemie zu begegnen. Hierzu werden insgesamt rund 1,5 Billionen Euro in Form von Krediten und Garantien sowie 146,5 Milliarden Euro für investive Programme zusätzlich zur Verfügung gestellt. Mit diesen Programmen sollen insbesondere öffentliche Aufträge die deutsche Wirtschaft stärken und somit Arbeitsplätze sichern.

Erste positive Signale zeichnen sich bereits ab. Nach einem historischen Einbruch befindet sich die deutsche Wirtschaft seit Mai wieder auf Erholungskurs und könnte der Herbstprojektion der Bundesregierung folgend, bereits Anfang 2022 das Vorkrisenniveau erreichen. Zwar dürfte das Bruttoinlandsprodukt krisenbedingt in diesem Jahr um 5,8 Prozent sinken, jedoch erwartet Bundeswirtschaftsminister Peter Altmaier ein Wachstum von 4,4 Prozent im kommenden Jahr.



## CDU DISKUTIERT: ZUKUNFT DER GESCHÄFTSSTRASSEN

„Einfahrt verboten“ zeigt das Schild vor dem zentralen Teil der Friedrichstraße. Noch vor Kurzem war der Verkehr für alle frei. Jetzt befindet sich dort eine Fahrradautobahn, über die Radler mit hoher Geschwindigkeit durchfahren. Passanten überqueren zügig die Fahrbahn, um nicht von ihnen erfasst zu werden. Viele Radfahrer übersehen offenbar das Tempo-Zwanzig-Schild oder begreifen es als eine wohlgemeinte Empfehlung, denn als Anweisung.

Das „Einfahrt verboten“ zeigt das Schild vor dem zentralen Teil der Friedrichstraße. Noch vor Kurzem war der Verkehr für alle frei. Jetzt befindet sich dort eine Fahrradautobahn, über die Radler mit hoher Geschwindigkeit durchfahren. Passanten überqueren zügig die Fahrbahn, um nicht von ihnen erfasst zu werden. Viele Radfahrer übersehen offenbar das Tempo-Zwanzig-Schild oder begreifen es als eine wohlgemeinte Empfehlung, denn als Anweisung.

Eine IHK-Umfrage ergab kürzlich, dass Gewerbetreibende die Umgestaltung skeptisch sehen. Nicht so eine Radfahrerin: „Ich finde die Fahrradstraße

großartig. Der Senat sollte endlich Autos aus der gesamten Innenstadt verbannen“, sagt sie. „Autos, das sind Verkehrsmittel der Vergangenheit, die braucht heute kein Mensch.“ Und die Wirtschaft? „Wirtschaft ist nicht alles im Leben. Es geht darum, hier und heute eine ökologische Stadt durchzusetzen - auch wenn es manchen weh tut.“

Gegenüber, in einem traditionsreichen Kaufhaus, zeigt sich niemand so erfreut über die autofreie Meile. Eine Verkäuferin sieht das so: „Corona führte dazu, dass wir immer weniger Kunden haben“, sagt sie. „Seit der Sperrung ist unser Umsatz noch weiter gesunken

und wir wissen nicht, wie lange wir uns noch halten können.“

Die aktuelle Regelung in der Friedrichstraße könnte wegweisend für Berlins Einkaufsstraßen werden. Für viele Betroffene hängen Existenzen daran. Die CDU Berlin hat deshalb einen Live-Stream zum Thema „Zukunft der Berliner Geschäftsstraßen“ veranstaltet. Droht eine Verödung der Innenstadt? Trägt „autofrei“ allein als Konzept für die rund 60 Shoppingcenter, 70 Einkaufsstraßen und 20 Kaufhäuser in Berlin? Das wollte der wirtschaftspolitische Sprecher der CDU Fraktion, Christian Gräff, von seinen Gästen wissen.

Schon vor der Corona-Pandemie setzten Internet-Portale den stationären Handel stark unter Druck. „Covid 19 wirkt jetzt wie ein



Brandbeschleuniger“, berichtet Harald Gerome Huth, der unter anderem die „Mall of Berlin“ betreibt. Die Läden dort verzeichnen einen Kundenrückgang um rund ein Viertel. Der Architekt Prof. Christoph Langhof sieht den Grund für die drohende Verödung darin, dass die Innenstadt zunehmend unattraktiv geworden ist. Die Kaufhäuser hätten sich darauf konzentriert, das Erlebnis nach innen zu verlagern. Vernachlässigt sei das Erlebnis, das „drum herum“ passiere: „Es ist überhaupt nicht mehr sexy, in die Innenstadt zu gehen“, sagt er. Die Aufgabe der Stadtplanung sei es, dafür zu sorgen, dass die Innenstädte für Jung und Alt anziehend wirken. Und dazu zählt neben der Erreichbarkeit mit allen Verkehrsmitteln auch die Attraktivität für Fußgänger.

Nils Busch-Petersen vom Handelsverband Berlin-Brandenburg sagt, er kenne keine Fußgängerzone in Deutschland, die durch eine Fahrradstraße geteilt sei. Die aktuell Verantwortlichen würden die Flanierenden vernachlässigen, indem sie den Schwerpunkt einseitig auf das Rad legen. „Wir stehen Experimenten ja offen gegenüber“, sagt er. Doch der Zeitpunkt sei falsch, weil gerade jetzt Touristenströme wegbrechen, viele Menschen die öffentlichen Verkehrsmittel meiden und ohnehin zunehmend über das Internet shoppen.

Was kann also die Politik machen? Rahmenbedingungen schaffen und mit Nachdruck an alle Beteiligten appellieren, sagt Henner Bunde, ehemaliger Staatssekretär a.D. in der Senatsverwaltung für Wirtschaft. Für ihn ist die ideale Einkaufsstraße durchmisch: Von jedem Verkehrsträger erreichbar, mit engagierten Einzelhändlern, mit Filialen aber auch kleinen Läden, eingebettet in einem Wohngebiet.

Dazu braucht es einen Neuanfang in der Stadtplanung und mehr Unterstützung der Händler durch die eigene Bevölkerung, besonders wenn die Touristen wegbleiben. Und: Berlin braucht kreativere Ideen, um die Innenstadt zu erhalten.

## GEBÜHRENBEFREIUNG FÜR MARKTHÄNDLER UND SCHAUSTELLER



Unser Spandauer Bezirksstadtrat für Bauen, Planen und Gesundheit, Frank Bewig, hat nicht nur sein Gesundheitsamt überzeugend auf die pandemiebedingten Herausforderungen eingestellt, sondern auch die bedrohliche Situation für die Gastronomen in dieser schweren Zeit erkannt und hatte Erfolg mit seiner Forderung an Senatorin Günther (Grüne): „Erlassen Sie die Straßenlandsondernutzungsgebühr für Restaurant-Außenflächen.“ Der Erlass dieser Gebühr gibt den Gastronomen wieder Luft zum Atmen und findet nun berlinweit Anwendung, was auf Bewigs Initiative zurückzuführen ist. Ebenso wurden in Spandau Anträge auf Erweiterung der Sondernutzung im Öffentlichen Straßenland sehr wohlwollend geprüft und in den allermeisten Fällen auch positiv beschieden, was Gastronomen zeitlich befristet- neue Möglichkeiten einräumt, Gäste zu bewirten, Geld zu verdienen und eine Zeit von streckenweisem Totalverlust auszugleichen.

Bewig geht noch einen Schritt weiter und fordert nun für mittlerweile systemrelevant gewordene Wochenmärkte und auch für die Weihnachtsmärkte einen Erlass der Gebühren für die Nutzung öffentlichen Straßenlands. Senatorin Günther hat darauf bislang ablehnend reagiert. Ob sie verstanden hat, dass es um Arbeitsplätze, Existenzen und ein Stück Normalität in von schlagartigen Veränderungen geprägten Zeiten geht? Nicht nur im Falle der Weihnachtsmärkte geht es für Gewerbetreibende im Gastgewerbe sprichwörtlich um die Wurst.

**IMPRESSUM** CDU-Landesverband Berlin, Steifensandstraße 8, 14057 Berlin, Tel.: 030 - 32 69 04 -0, Fax: 030 - 32 69 04 -16; REDAKTIONSL EITUNG: Stefan Evers; CHEFREDAKTEUR: Dirk Reitze; REDAKTION: Ralf Jaksch, Michael Ginsburg; SATZ/BILD: André Laurman-Urbanski; Druckerei Vettters;

BILDNACHWEIS von oben links nach unten rechts: Seite 1: Büro Kai Wegner; Seite 3: Yves Sucksdorff; Seite 4-5: Büro Kai Wegner, Agentur Davids; Seite 6-7: 2 x Dirk Reitze, ALU; Seite 8-9: 2 x Dirk Reitze; Seite

10-11: Yves Sucksdorff, Büro Jan-Marco Luczak; Seite 12-13: Dirk Reitze, Yves Sucksdorff, pixabay@kschneider, Marie Staggat, Seite 14-15: Michael Ginsburg, Frank Bewig Seite 16: CDU/Yvonne Herrmann, Büro Hildegard Bentele

Für nicht angeforderte Manuskripte wird keine Haftung übernommen. Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder. Bezugspreis ist im Mitgliedsbeitrag enthalten. Erscheinungsweise: erscheint einmal im Quartal.



## GESUCHT: IHRE E-MAIL-ADRESSE

Nicht nur in Corona-Zeiten, jetzt aber ganz besonders wichtig, ist die schnelle und einfache digitale Kommunikation. Seien Sie immer aktuell informiert - etwa durch den Newsletter oder digitale Einladungen Ihres Orts- oder Kreisverbandes. Hat die CDU bereits Ihre E-Mail-Adresse? Ist diese noch aktuell?

Bitte senden Sie eine kurze  
Nachricht an Ihren  
Kreisverband oder an:  
[cduberlin@cdu.berlin](mailto:cduberlin@cdu.berlin)

**CDU** BERLIN

CDU Landesverband Berlin, Steifensandstr. 8, 14055 Berlin



## GROSSE HERAUSFORDERUNGEN FÜR DEUTSCHLANDS EU-RATSPRÄSIDENTSCHAFT

von Hildegard Bentele MdEP



Selten waren die Erwartungen an eine Ratspräsidentschaft so hoch wie die an Deutschland in diesem Jahr. Am 1. Juli hat die Bundesrepublik den Vorsitz des Europäischen Rats von Kroatien übernommen, inmitten turbulenter Zeiten. Die EU steckt in ihrer größten wirtschaftlichen

Krise und neben der Abmilderung der Folgen aus der Corona-Pandemie gilt es, die Arbeitsfähigkeit der Europäischen Union für die nächsten Jahre sicherzustellen.

So muss bis Ende des Jahres der Austritt Großbritanniens aus der EU abschließend geregelt werden. Das europäische Asylsystem ist genauso zu überarbeiten wie die EU-Agrarpolitik. Der Klimawandel stellt uns auch in Europa vor große Herausforderungen, die mit einem europäischen Klimagesetz angepackt werden

sollen. Dazu kommt die Ausarbeitung des 750 Milliarden Euro umfassenden Corona-Wiederaufbaufonds, der den Einbruch der Wirtschaft in ganz Europa auffangen und diese zukunftsfähiger wieder aufbauen soll. Und über all dem schwebt die noch offene Frage des nächsten 7-Jahres-Haushalts, dem Mehrjährigen Finanzrahmen (MFR) 2021-2027. Das EU-Parlament hat deutlich mehr Investitionen in Zukunftsthemen wie Forschung, Entwicklung und Erasmus+ gefordert, als im letzten Vorschlag des Rates vorgesehen sind, so dass derzeit kein kompromissfähiger Vorschlag auf dem Tisch liegt.

Die Verhandlungen zwischen Rat und Parlament werden daher, auch vor dem Hintergrund der geforderten Rechtsstaatlichkeitsklausel und des Zeitdrucks, nicht einfach werden. Gleichzeitig wird die deutsche Ratspräsidentschaft nur als erfolgreich angesehen werden, wenn messbare Fortschritte in den genannten Themen erzielt werden können. Eine Aufgabe, die auch für Angela Merkel nicht ganz einfach zu lösen sein wird.